



Mit Stacheldraht gesicherter Bohrplatz in Großbritannien – dort sollen Gemeinden künftig belohnt werden, wenn Unternehmen auf ihrem Grund mittels Fracking Erdgas fördern.

Foto AFP

RN 16.01.14

Kehrtwende beim Fracking

EU-Kommission will umstrittene Erdgasförderung gesetzlich nicht schärfer regulieren

BRÜSEL/DÜSSELDORF. Scharfe Regeln für Fracking – das hatten zuletzt nicht nur Umweltverbände gefordert. Statt dessen nun die Kehrtwende in der EU-Kommission: Sie empfiehlt Mitgliedsstaaten nur, zu prüfen, wie Gefahren beim Fracking vermieden werden können. Sie sollen die Öffentlichkeit beteiligen und über eingesetzte Chemikalien informieren. Von strengen Gesetzen fehlt jede Spur in dem Kommissionspapier, das dieser Redaktion vorliegt.

Das klang im Oktober 2013 noch völlig anders, als im EU-Parlament 332 Abgeordnete für eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung bei jedem Fracking-Projekt zur Förderung von Erdgas stimmten – eine knappe Mehrheit. Vor allem die zum Teil giftigen Chemikalien erregten Bedenken.

„Anstatt die Risiken von Fracking gründlich zu untersuchen, erteilt die EU-Kommission der Erdgasindustrie einen Freifahrtsschein zur Schiefergasförderung“, sagt Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag. „Die schwarz-rote Bundesregierung ist nun mehr gefordert denn je, ein Fracking-Gesetz zu verabschieden, welches die Anwendung dieser Risikotechnologie in Deutsch-

land nicht zulässt.“

In Deutschland gibt es bislang auf Bundesebene keine gesetzliche Regelung zum Fracking. Im vergangenen Sommer wurde ein Gesetzesvorhaben zur Förderung von Schiefergas vorerst auf Eis gelegt. Der Text sah vor, Fracking zwar grundsätzlich zu erlauben, aber sehr strenge Auflagen für die Förderung zu machen.

Die neue Bundesregierung widmet der Technologie eine längere Passage im Koalitionsvertrag. Dort heißt es auch: „Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab.“

In Europa wird Fracking sehr unterschiedlich bewertet. Die Regierungen Großbritanniens und Polens sind dafür. Die britische Regierung

will es sogar gezielt fördern: Gemeinden, auf deren Gebiet Fracking betrieben werde, sollen sämtliche von den Förderunternehmen gezahlten Steuern erhalten, sagt Premierminister David Cameron. Bislang erhalten die Kommunen 50 Prozent der Steuereinnahmen.

Zusätzliche Arbeitsplätze

Cameron erklärte, die Gasförderung bringe Großbritannien zusätzliche Arbeitsplätze und „wirtschaftliche Sicherheit“. Zuletzt war der französische Energiekonzern Total in Großbritannien ins Fracking-Geschäft eingestiegen. Total ist nach dem Gaskonzern GDF Suez das zweite französische Unternehmen, das in Großbritannien Schiefergas fördern will. In Frankreich ist Fracking verboten.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger befürwortet Fracking. Mit Verweis auf die

Wettbewerbsfähigkeit und größere Unabhängigkeit der EU von Importgas aus Russland fordert er, sich nicht zu verschließen und Probebohrungen zu machen. Um eine solche Probebohrung gibt es Nordrhein-Westfalen bereits seit Ende 2010 Streit. Im münsterländischen Nordwalde will ExxonMobil nach Gas bohren. Die Folge: heftige Proteste von Umweltverbänden, Bürgern und Politikern. Die Landesregierung ließ ein Gefahren-Gutachten erstellen.

Seit November 2011 besteht in NRW ein Genehmigungs-Stopp für Erdgas-Erkundungen. Daran werde sich auch so schnell nichts ändern, heißt es aus dem nordrhein-westfälischen Umweltministerium.

Christoph Klemp

Bei uns im Internet:

Im Internet Zeitleiste zum Thema Fracking

i Schwaches Instrument in der europäischen Politik

- **Eine Kommissions-Empfehlung** gilt als eher schwaches Mittel in der EU-Politik. Der Sprecher von EU-Umweltkommissar Janez Potocnik verwies darauf, dass mit einer Empfehlung immerhin der politische Druck auf die Mitgliedstaaten erhöht werde.
- **Sollten die EU-Staaten** den

Empfehlungen nicht nachkommen, könnte doch noch ein Gesetzesvorschlag folgen.

- **Umweltschützer reagieren enttäuscht** – sie hatten auf strenge EU-Regeln gehofft. „Die EU-Kommission rollt den roten Teppich aus für eine risikoreiche Energie, die die Umwelt verschmutzt“, sagte etwa



Fracking-Bohrplatz

Foto dpa

Greenpeace-Experte Frédéric Thoma.